

A9 Finanzierung des „Grünen Ecks“ in Rendsburg

Antragsteller*in: Nikolai Kamp (OV Rendsburg)

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

- 1 Der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde (KV) übernimmt ab 01.01.2026 die
- 2 Mietkosten des Grünen Ecks in Rendsburg (430 € kalt zzgl. Nebenkosten). Der KV
- 3 tritt hierfür selbst als Mieter auf und löst die derzeitige private
- 4 Mietkonstruktion ab.

- 5 Sollte eine vollständige Kostenübernahme derzeit nicht umsetzbar sein,
- 6 beauftragt die Jahreshauptversammlung den Kreisvorstand, ein Modell der
- 7 anteiligen Unterstützung zu entwickeln und umzusetzen, das den Fortbestand des
- 8 Grünen Ecks sicherstellt. Hierfür wird die Frist 01.07.2026 bestimmt.

Begründung

Der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde zählt inzwischen über 800 Mitglieder, davon mehr als 135 im Ortsverband Region Rendsburg (OV). Damit stellt der OV den größten Einzelstandort im Kreisverband dar und ist ein zentraler Ort für politische Arbeit, Veranstaltungen, Austausch und Sichtbarkeit der Grünen in der Region.

Bislang trägt eine engagierte Gruppe von Mitgliedern die Mietkosten des Grünen Ecks in Rendsburg vollständig aus eigenen Mitteln zusätzlich zu ihren regulären Mitgliedsbeiträgen. Dieses Modell war in der Vergangenheit tragfähig, entspricht aber nicht mehr den heutigen Anforderungen: Mit steigenden Mitgliederzahlen, wachsender Verantwortung und zunehmenden Aufgaben brauchen wir eine verlässliche und strukturell abgesicherte Grundlage für unsere Arbeit vor Ort.

Während die Geschäftsstelle in Kiel für den Kreisverband aus praktischen Gründen (Nähe zur Landesgeschäftsstelle, günstige Untermiete, geringer Verwaltungsaufwand) weiterhin sinnvoll ist, müssen wir jetzt auch in unserer größten Stadt im Kreis ein klares Signal setzen: Wir investieren in unsere eigene Infrastruktur, um unsere Präsenz und Wirksamkeit in den ländlichen Räumen auszubauen.

Die Finanzierung des Grünen Ecks durch den Kreisverband ist ein logischer und notwendiger Schritt, um den Standort Rendsburg langfristig zu sichern, die Arbeitsbedingungen für Mitglieder und Aktive zu verbessern und die politische Arbeit vor Ort zu stärken.